

# Luxus Bildung

Autor(en): **Brunner, Joe**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **84 (1997)**

Heft 6: **Systemisch-konstruktivistische Didaktik**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-529908>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

taugliche Computer mit Erfolg im Sprachunterricht einsetzen lassen, um die konventionellen Sprachlabors abzulösen, die an vielen Schulen nicht mehr erneuert werden.

Pressemitteilung

### Schulgeld am Gymi

Im Kanton Zürich soll der Besuch der Mittelschulen und Seminarien künftig ab dem 10. Schuljahr nicht mehr gratis sein. Dies beschloss der Kantonsrat am Montag in erster Lesung einer Gesetzesvorlage. Die Regierung schlägt einen Elternbeitrag von jährlich 800 Franken an den Mittelschulen und 1200 Franken an den Lehrerseminarien vor. Ein Rückweisungsantrag scheiterte im Parlament knapp mit 82 zu 75 Stimmen. Linke und Grüne wehrten sich vergeblich gegen die «soziale Barriere» eines Schulgeldes. Die bürgerliche Ratsmehrheit begrüsst die Mehreinnahmen von 7.2 Millionen Franken, weil sie zur Entspannung der Kantonsfinanzen beitragen. Zudem sei mit einer Maturandenquote von 20 Prozent das Limit erreicht.

⟨TA⟩, 11. 3. 97

### Mit den Schulgeldern und an ihnen gescheitert

Mit 87 gegen 80 Stimmen hat am Montag der Kantonsrat die Vorlage für die Erhebung von Schulgeldern an Gymnasien und Lehrerseminaren verworfen. Zu dieser Frage wird also auch keine Volksabstimmung mehr stattfinden. Der äussere Grund für das Scheitern der Vorlage im Rat liegt einerseits darin, dass die CVP-Fraktionsmehrheit sich für eine Ablehnung entschied, nachdem die von ihr eingebrachten «Kompromissvorschläge» im Rat keine Gnade gefunden hatten. Andererseits spielten auch diejenigen Mitglieder aus SVP und FDP das entscheidende Zünglein an der Waage, die im Gegensatz zu ihren Fraktionen die Schulgelder ablehnten, ebenso wie jene Mitglieder der Fraktionen von FDP und SVP, die zu diesem politischen Vormittag im Rathaus nicht erschienen waren. Damit war jene bürgerliche Mehrheit auseinandergefallen, die in erster Lesung diese Vorlage noch unterstützt hatte.

⟨NZZ⟩, 15. 4. 97

Joe Brunner

## Schlaglicht

### Luxus Bildung

**«Eine gute Ausbildung ist unbezahlbar – im wahrsten Sinne des Wortes. Das haben jetzt die Kantone gemerkt und kassieren kräftig ab.»** (Facts, 10. April 1997, S. 20–29)

Das abstruseste Argument für Schulgelder an Mittelschulen und zehnten Schuljahren lautet, dass damit der Andrang in diese Bildungsgänge reduziert werden soll. Da wird auf der einen Seite landauf und landab das lebenslange Lernen postuliert, und offenbar gelingt es der Volksschule, die Lernmotivation so zu stärken, dass die jungen Leute sich nach der obligatorischen Schulzeit weiterbilden wollen. Auf der andern Seite bauen die gleichen Instanzen, die das lebenslange Lernen fordern, Hindernisse dagegen auf. Dies ist ein zynisches «Spiel» einer sich selbst widersprechenden Bildungspolitik.

Kongruent ist diese Politik mit dem Trend zur Entsolidarisierung der Gesellschaft. In unserem Falle heisst das, wer Kinder hat, soll selber dafür bezahlen, dass etwas Rechtes aus ihnen wird. Es wird ja niemand dazu gezwungen, Kinder in die Welt zu stellen – man könnte sich ja auch mit einem Haustier begnügen. Allerdings sind Gesellschaft und Wirtschaft froh um gut ausgebildete Leute, z. B. um die AHV beziehen zu können (auch wenn man selber keine Kinder hatte) und um die Wirtschaft konkurrenzfähig zu erhalten. Offenbar erspart sich die Bildungspolitik die Mühe, solche Zusammenhänge aufzuzeigen, die zu einer breiten Zustimmung für eine schulgeldfreie Bildung führen könnte.